

**Protokoll  
der 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am Dienstag, dem 03. September 2013, in der Adolf- Reichwein-Halle**

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr  
Ende der Sitzung: 22:25 Uhr

|   |  |
|---|--|
| <b>Anwesende Stadtverordnete:</b>                     |  |
|   |  |
| <b>CDU</b>  | <b>FDP</b>                                     |
| Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>            | Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i> |
| von Griesheim, Alexander                              |  |
| Hafner, Annegret                                      |  |
| Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>   | <b>PIRATEN</b>                                 |
| Müller, Jasna   | Welker, Helge                                  |
| Pfeiffer, Kurt  |  |
| Schnabel, Henrik                                      | <b>Vom Magistrat waren anwesend:</b>           |
| Wendt, Thomas   | Bürgermeister Alber, Thomas                    |
|   | Erster Stadtrat Sill, Heinz                    |
|   | Stadträtin Dietrich, Petra                     |
| <b>SPD</b>  | Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist        |
| Dachs, Karlheinz                                      | Stadtrat Wenzel, Klaus                         |
| Datz, Wolfgang  |  |
| Dietz, Eleonore                                       |  |
| Machalitzky, Jörg Jens                                |  |
| Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i> | <b>Abwesende Stadtverordnete:</b>              |
| See, Herbert  | See, Marco                                     |
| Stengel, Christian                                    | Moscherosch, Hans-Albert                       |
| Zeidler, Reinhard                                     | Quägber-Zehe, Betina                           |
|   | Dr. Hoffmann, Volker                           |
| <b>FWG</b>  |  |
| Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>       |  |
| Metzger, Gerhard                                      |  |
| Soff, Walther   |  |
|   | <b>Abwesend vom Magistrat</b>                  |
|   | Stadtrat Blöcher, Gottfried                    |
| <b>GRÜNE</b>  | Stadtrat Kayacik, Haci                         |
| Roth, Beate bis 21:43 Uhr                             | Stadtrat Schöniger, Arndt                      |
| Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>            |  |
| Topp, Andreas   | <b>Schriftführerin:</b>                        |
|   | Sporck, Verena                                 |
|   |  |
| <b>puR</b>  | Vertreter der Presse                           |
| Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>       |  |
| Schön, Norbert  | ca. 15 Zuhörer                                 |
| Wyrwoll, Herbert                                      |  |

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 28. August 2013 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Das Protokoll der Sitzung vom 28. Mai 2013 wird ohne Änderungen angenommen.

Das Protokoll der Sitzung vom 02. Juli 2013 wird mit folgender Änderung angenommen:

Vor Top 4 -Wahl der Schöffen-

*Frau Karehnke, Herr Dachs, Herr Datz, Herr Jacobi, Herr Schneiderbauer, Herr Schöniger, Herr Soff und Herr Zeidler verlassen wegen Befangenheit den Sitzungssaal.*

Frau Karehnke berichtet aus dem Ältestenrat, dass vorgeschlagen werde, über den Tagesordnungspunkte 3 - Gewerbegebiet „Südumgehung West“ -, Tagesordnungspunkt 4 - Baugebiet „Die Sang“ - und den Tagesordnungspunkt 5 - OVAG - LED-Initiative - ohne Aussprache abzustimmen. Der Tagesordnungspunkt 11 - Antrag der SPD-Fraktion vom 25. August 2013 - soll vor den Tagesordnungspunkt 6 -Haushaltsführung 2014/2015- gezogen werden.

Herr Scholz stellt im Rahmen der Geschäftsordnung den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7 – „Rosbach aktiv“- von der Tagesordnung abzusetzen. Herr Scholz begründet dies unter anderem damit, dass laut Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung nur Anfragen und Anträge, vom Magistrat nur Anträge, die einen entsprechenden Beschlussvorschlag enthalten, gesetzt werden dürfen und diese fristgerecht bei der Stadtverordnetenvorsteherin eingegangen sein müssen. Eine Darstellung zum Verfahren, Beteiligung der Stadt sowie Auflistung der Kosten zum Projekt Rosbach aktiv kann der Magistrat unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen erläutern. Herr Scholz weist außerdem darauf hin, dass in der Stadtverordnetenversammlung nach der HGO und der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung nur der Bürgermeister Rederecht habe sowie die Mitglieder des Magistrates, wenn dieses vom Bürgermeister erteilt werde. Eine, wie für die heutige Sitzung geplante Darstellung, von einer externen Firma, kann somit nicht erfolgen. Herr Scholz bittet Herrn Bürgermeister Alber, das Gremium Stadtverordnetenversammlung nicht für seine Zwecke zu missbrauchen und bittet um Zustimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Frau Launhardt teilt als persönliche Erklärung mit, dass Sie sich persönlich nicht als missbraucht ansehe.

Herr Bürgermeister weist auf die Wichtigkeit der Information zum Projekt „Rosbach aktiv“ hin. Dieses Projekt ist ein Teil des Wirtschafts- und Lebensstandortes der Stadt Rosbach.

Herr Zeidler argumentiert in seiner Gegenrede zum Geschäftsantrag von Herrn Scholz, dass es in der Vergangenheit keine Einwände gegen Vorträge und Präsentationen von Personen gab, die nicht einem städtischen Gremium angehörten.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Scholz abstimmen.

*Abstimmungsergebnis: ja 15 Stimmen  
(8 Stimmen CDU, 1 Stimmen FDP, 3 Stimmen Bündnis  
90/Die Grünen, 2 Stimmen puR, 1 Stimme Die Piraten)  
nein 12 Stimmen  
(8 Stimmen SPD, 1 Stimme puR; 3 Stimmen FWG)*

Somit ergibt sich folgende geänderte Tagesordnung.

**Tagesordnung:**

|     |  |   |
|-----|--|---|
| 1.  |  | Mitteilungen  |
| 2.  |  | Kleine Anfragen   |
| 3.  |  | Gewerbegebiet „Südumgehung West“<br>- Vermarktung des Grundstückes<br>- hier: Flur 5, Flurstück- Nr. 492, Dieselstraße 23   |
| 4.  |  | Baugebiet „Die Sang“<br>- Erwerb der Gewerbeimmobilie „Die Sang 6“, Flur 4, Flurstück Nr. 44/1  |
| 5.  |  | OVAG-LED-Initiative<br>- Umstellung der Straßenbeleuchtung<br>- Neufassung des Lichtlieferungsvertrages   |
| 6.  |  | Antrag der SPD-Fraktion vom 25. August 2013<br>Haushaltspolitische Leitlinien   |
| 7.  |  | Haushaltsführung 2014 / 2015<br>- Verfahrensfragen, Doppelhaushalt  |
| 8.  |  | Antrag der Bündnis 90/Die Grünen- Fraktion vom 21.06.2013 -Wiedervorlage-<br>Unterstützungszahlungen für soziale Einrichtungen angemessen gestalten   |
| 9.  |  | Antrag des Stadtverordneten Helge Welker vom 22.06.2013 -Wiedervorlage-<br>Verfahren zur Veröffentlichung von Gutachten   |
| 10. |  | Antrag der FDP-Fraktion vom 16. August 2013<br>Aufforderung zur Beantwortung von Fragen und Schaffen von Transparenz bei der<br>Aufnahme des Ersten Stadtrats Heinz Sill als Mitpächter des Jagdbezirks Rodheimer<br>Oberwald |
| 11. |  | Anfrage der CDU-Fraktion vom 26. August 2013<br>Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung  |

## **Top 1 Mitteilungen**

---

Bürgermeister Alber verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen.

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 22. August 2013 getagt habe. Folgende Punkte waren auf der Tagesordnung:

- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.06.2013  
Erhalt der Erich Kästner-Schule als Verbundschule
- Gewerbegebiet „Südumgehung West“
  - Vermarktung des Grundstückes
  - hier: Flur 5, Flurstück- Nr. 492, Dieselstraße 23
- Baugebiet „Die Sang“
  - Erwerb der Gewerbeimmobilie „Die Sang 6“, Flur 4, Flurstück Nr. 44/1
- OVAG-LED-Initiative
  - Umstellung der Straßenbeleuchtung
  - Anpassung des Lichtlieferungsvertrages
- Erörterung Verfahren Doppelhaushalt 2014 / 2015
- Berichtswesen nach § 28 GemHVO
  - Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 04.12.2012
  - Quartalsabschluss zum 30.06.2013
- Sachausgaben Kinderbetreuung
  - Überprüfung der Haushaltsansätze
- Antrag der Bündnis 90/Die Grünen- Fraktion vom 21.06.2013  
Unterstützungszahlungen für soziale Einrichtungen angemessen gestalten
- Antrag des Stadtverordneten Helge Welker vom 22.06.2013  
Veröffentlichung von Beschlüssen der parlamentarischen Gremien
- Antrag des Stadtverordneten Helge Welker vom 22.06.2013  
Verfahren zur Veröffentlichung von Gutachten

Frau Dietz berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 27. August 2013 getagt habe. Folgender Punkt war auf der Tagesordnung:

- OVAG-LED-Initiative
  - Umstellung der Straßenbeleuchtung
  - Anpassung des Lichtlieferungsvertrages

## **Top 2**

### **Kleine Anfragen**

---

- Herr Jacobi fragt an, in wieweit Konzeptionen im Rahmen der Wirtschaftsförderung vorliegen. Herr Alber teilt mit, dass am 12. November 2013 die Konzeptionen im Rahmen der Haushaltsplanungen vorgestellt werden.
- Herr Welker fragt an, weshalb der hauptamtliche Gerätewart der Feuerwehr anteilig dem Bauhof unterstellt werden solle. Herr Alber teilt mit, dass dies Punkt 13 der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sei. Herr Welker fragt nach, in wieweit der Sicherheitsaspekt beachtet wurde. Herr Alber antwortet, dass der Mitarbeiter weiterhin für die Aufgaben der Feuerwehr zur Verfügung steht.
- Herr Egerter fragt an, ob die Abstimmung mit dem ASV bezüglich der Aufstellung eines Verbotsschildes zur Sperrung der Rodheimer Straße in Nieder-Rosbach für den Durchgangsverkehr erfolgt sei. Herr Alber teilt mit, dass die Verkehrssituation in Nieder-Rosbach nach Fertigstellung der Südumgehung neu betrachtet werden müsse und hierzu Gespräche mit dem Verkehrsplanungsbüro laufen.
- Herr Scholz fragt an, inwieweit die Themenkomplexe Stadtmarketing, Sportentwicklungsplanung, Landesverband mittelständische Unternehmen „Rosbach aktiv“, „Gesunde Unternehmen Hessen“ und das Projekt „Mission Olympic“ in Verbindung mit einer Einzelperson stehen und eventuell dadurch der Tatbestand der Vorteilsgewährung gegeben sei, da offensichtlich ein Beratervertrag ohne öffentliche Ausschreibung an diese Person vergeben wurde. Herr Alber teilt mit, dass diese Punkte alle in Verbindung mit dem Bereich Stadtentwicklung und Stadtmarketing stehen. Herr Scholz fragt nochmals nach, wie die gebündelte Beauftragung an eine Einzelperson ohne Einbindung der Gremien zu begründen sei. Herr Alber antwortet, dass die Vergabe nach den Vergaberichtlinien durch den Magistrat erfolgt sei.

## **Top 3**

### **Gewerbegebiet „Südumgehung West“**

#### **- Vermarktung des Grundstückes**

#### **- hier: Flur 5, Flurstück- Nr. 492, Dieselstraße 23**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratevorlage:

Das Grundstück Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 5, Flurstück 492, 5.792 m<sup>2</sup>, wird im Zuge eines Nachtrags zum Baulandumlegungsverfahren „Gewerbegebiet Südumgehung West“ an die Firma Comidamed GmbH, Dieselstraße 23, 61191 Rosbach v.d.Höhe, zum beschlossenen Zuteilungswert von 150,00 €/m<sup>2</sup>, insgesamt also 868.800,00 €, veräußert.

*Abstimmungsergebnis*

*einstimmig angenommen*

**Top 4**

**Baugebiet „Die Sang“**

**- Erwerb der Gewerbeimmobilie „Die Sang 6“, Flur 4, Flurstück Nr. 44/1**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratsvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Erwerb der Gewerbeimmobilie „Die Sang 6“, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 4, Flurstück 44/1 mit 9.900 m<sup>2</sup>.

Verkäufer: Silica Gel GmbH, Ahornallee 36, 14050 Berlin

Kaufpreis: 1.250.000,-- € gemäß Wertermittlung des Gutachterausschusses für den Bereich des Wetteraukreises beim Amt für Bodenmanagement in Büdingen.

*Abstimmungsergebnis* *einstimmig angenommen*

**Top 5**

**OVAG-LED-Initiative**

**- Umstellung der Straßenbeleuchtung**

**- Neufassung des Lichtlieferungsvertrages**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratsvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf die hocheffizienten LED-Leuchten sowie dem in der Anlage (Stand 20.8.2013) beigefügten Lichtlieferungsvertrag mit der OVAG zu. Der Vertrag ersetzt damit den bisherigen Vertrag vom 21.11.2008.

*Abstimmungsergebnis:* *einstimmig angenommen*

**Top 6**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 25. August 2013**

**Haushaltspolitische Leitlinien**

---

Von der SPD-Fraktion liegt folgender Antrag vor:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich ausdrücklich zu einer sparsamen Haushaltsführung.
2. Der Gesamtergebnishaushalt ist in den nächsten Jahren strukturell zu konsolidieren. Konjunkturbedingte Schwankungen der Einnahmen und Ausgaben sind zu tolerieren.
3. Solange die Konsolidierung nicht erreicht ist, ist auf zusätzliche freiwillige Leistungen zu verzichten. Von diesem Grundsatz kann abgewichen werden, wenn an anderen Stellen

Einsparungen vorgenommen werden.

4. Die Gebührenhaushalte der Stadt sind jährlich zu überprüfen. Deutliche Kostenveränderungen ziehen eine entsprechende Anpassung der Gebührensätze nach sich.
5. In Anbetracht der hohen, über Kredite finanzierten Investitionen der letzten Jahre sind die Haushalts-, Investitions- und Finanzplanung aktuell so auszurichten, dass sich der Schuldenstand der Stadt auf mittlere Sicht deutlich reduziert.
6. Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind bis auf weiteres schwerpunktmäßig zur Schuldenreduzierung einzusetzen oder zum Erwerb neuer Grundstücke in potenziellen Baugebieten oder als Reserve für Tauschflächen.
7. Der Haupt- und Finanzausschuss berät jährlich vor Erstellung des Haushaltsplanes, welche Zielgröße des Schuldenstandes am Ende des Planungszeitraumes der mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung anzustreben ist.
8. Darüber hinaus werden vor Erstellung des jeweiligen Haushaltsplanes die finanzpolitischen Grundzüge der Planung im Haupt- und Finanzausschuss festgelegt. Der Magistrat unterbreitet hierfür einen Vorschlag.
9. Kassenkredite sind auf ein Minimum zu beschränken und dürfen nicht zu einer verdeckten Langfristfinanzierung des Haushaltes führen.

Herr Dr. Rathjens von der SPD-Fraktion erläutert den vorliegenden Antrag. Die Intention des Antrags liegt darin, die Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Jacobi von der FDP-Fraktion legt einen Änderungsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion vor.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die folgenden Erweiterungen des von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrages beschließen:

- a) Als zweiten Satz in Punkt 2: „Konjunkturbedingte Schwankungen bei Einnahmen sind zu tolerieren; verminderte Einnahmen führen zu kritischen Überprüfungen aller Ausgaben mit dem Ziel von Reduzierungen.“
- b) Als zweiten Satz in Punkt 4: „Deutliche Kostenveränderungen ziehen ein Überprüfen der Leistungen und eine entsprechende Anpassung der Gebührensätze nach sich.“
- c) Als zweiten Satz in Punkt 5: „Unverändert beibehalten wird das bislang von dem Kämmerer benannte Zwischenziel, bis zum Ende der laufenden Wahlperiode im Jahr 2016 die städtischen Schulden auf ca. 10 Millionen Euro zu senken.“

Herr Lamping von der FWG-Fraktion begrüßt den Antrag und schlägt die Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss vor.

Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion sieht in dem Antrag eine Festschreibung der haushaltspolitischen Grundsätze der letzten Jahre, allerdings sieht Herr Scholz in einzelnen Punkten Beratungsbedarf bzw. müssen einzelne Punkte ergänzt werden. Herr Scholz beantragt die Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Egerter von der CDU-Fraktion und Frau Launhardt von der puR-Fraktion sowie Herr Welker von den Piraten begrüßen ebenfalls den Antrag.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Verweisung des nachstehenden SPD-Antrages sowie des Ergänzungsantrages der FDP-Fraktion in den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen.

*Abstimmungsergebnis*

*einstimmig angenommen*

**Top 7**  
**Haushaltsführung 2014 / 2015**  
**- Verfahrensfragen, Doppelhaushalt**

---

Herr Alber erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünenfraktion sieht einen Doppelhaushalt als nicht umsetzbar an. Dem Doppelhaushalt 2012/2013 wurde zugestimmt, um die Haushaltsberatungen aus dem Bürgermeisterwahlkampf herauszuhalten. Weiter führt Herr Scholz als Begründung den fehlenden Abschluss für das Jahr 2009 und Folgende auf. Herr Scholz sieht auch keine Verwaltungseffizienz, da auch in einem Doppelhaushalt die Haushaltsjahre getrennt geplant werden und gegebenenfalls ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden müsse. Die Grünen-Fraktion wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Egerter von der CDU-Fraktion kündigt an, dass seine Fraktion einem Doppelhaushalt nicht zustimmen werde. Er schließt sich den Ausführungen von Herrn Scholz an.

Herr Dr. Rathjens von der SPD-Fraktion teilt der Stadtverordnetenversammlung mit, dass seine Fraktion unterschiedliche Auffassungen zu einem Doppelhaushalt habe und es daher ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten von Seiten der SPD-Fraktion gäbe.

Herr Lamping teilt mit, dass die FWG-Fraktion einem Doppelhaushalt zustimmen werde, weist allerdings auf die Schwierigkeit hin, verlässlich die Gewebesteuer zu kalkulieren.

Herr Jacobi von der FDP-Fraktion sieht es als äußerst schwierig an, die Einnahmeerwartungen für zwei Jahre zu kalkulieren.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den vorliegenden Beschlussvorschlag des Magistrates ab:

*Abstimmungsergebnis:*

*ja 8 Stimmen*

*(2 Stimmen SPD, 3 Stimmen puR, 3 Stimme FWG)*

*nein 19 Stimmen*

*(8 Stimmen CDU, 6 Stimmen SPD; 1 Stimme FDP, 3 Stimmen Bündnis 90/Die Grünen und 1 Stimme Die Piraten)*

**Top 8**  
**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen- Fraktion vom 21.06.2013**  
**Unterstützungszahlungen für soziale Einrichtungen angemessen gestalten**

---

*-Wiedervorlage-*

Herr Scholz berichtet, dass im Haupt- und Finanzausschuss festgestellt wurde, dass aus dem Jahr 2008 bereits ein gleich lautender Antrag der SPD-Fraktion vorliege, der eine Unterstützung der sozialen Einrichtungen im Wetteraukreis vorsieht. Es wurden allerdings jährlich nur 60 € Mitgliedsbeitrag überwiesen.



Herr Lamping von der FWG-Fraktion weist auf die Haushaltskonsolidierung hin und teilt mit, dass die FWG-Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Frau Dietz von der SPD-Fraktion kritisiert die fehlende Umsetzung des SPD-Antrages aus dem Jahr 2008. Gleichzeitig befürwortet Frau Dietz den Antrag der Grünen-Fraktion und macht auf die Wichtigkeit der sozialen Vereine aufmerksam. Frau Dietz schlägt vor, den Antrag für das Haushaltsjahr 2013 entsprechend umzusetzen und für das nächste Jahr die Zahlungen entsprechend den anderen Kommunen im Wetteraukreis anzupassen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den nachstehenden Antrag der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 21.06.2013 abstimmen.

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die im Rahmen von Fördermitgliedschaften zu leistenden Zahlungen an die Vereine

- Frauen helfen Frauen e.V. (Frauenhaus Friedberg)
- Frauennotruf Wetterau e.V.
- Wildwasser Wetterau e.V.

angemessen zu erhöhen.

An jeden der drei Vereine sind künftig die für diese Zwecke im Haushalt vorgesehenen Mittel zu gleichen Teilen auszuführen. Für das laufende Jahr ist der vorgesehene Betrag von € 3.000,00 abzüglich eventuell bereits geleisteter Zahlungen umgehend an die drei Vereine zu überweisen.

*Abstimmungsergebnis:*                                 *ja 24 Stimmen*  
  *( 8 Stimmen CDU, 8 Stimmen SPD, 1 Stimme FDP*  
  *3 Stimmen Bündnis 90/Die Grünen, 3 Stimmen puR*  
  *1 Stimme Die Piraten )*  
*nein 3 Stimmen*  
  *(3 Stimmen FWG)*

## **Top 9**

### **Antrag des Stadtverordneten Helge Welker vom 22.06.2013 Verfahren zur Veröffentlichung von Gutachten**

**-Wiedervorlage-**

Herr Welker erläutert die Intention seines Antrages vom 22.06.2013.

Herr Jacobi weist auf die Problematik des Datenschutzes in dem Antrag hin. Von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung wird der Antrag als sachlich und juristisch schwer umsetzbar angesehen; auch die sachliche Notwendigkeit wird nicht erkannt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag des Stadtverordneten Helge Welker vom 22.06.2013 abstimmen.

„Nach Einholung eines Gutachtens oder einer vergleichbaren Leistung durch die Verwaltung oder eines städtischen Eigenbetriebes, ist dieses unter Angaben des allgemeinverständlich formulierten Grundes für die Einholung, Nennung des Leistungserbringers und der entstandenen Kosten, getrennt nach Kosten der Verwaltung (Vorarbeiten etc.), sowie des Leistungserbringers und Anderer, schnellstmöglich auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichen. Gutachteninhalte, kritische Daten wie Geldbeträge für ein Bieterverfahren oder gesetzlich geschützte Daten von Einzelpersonen dürfen für einen kürzest möglichen Zeitraum geschwärzt werden. Ist ausnahmsweise eine Veröffentlichung des Gutachteninhaltes aus rechtlichen Gründen unzulässig, so sind mindestens die beschriebenen Auftragsdaten zu veröffentlichen.“

*Abstimmungsergebnis:*                     *ja 1 Stimme*  
   *(1 Stimme Die Piraten)*  
   *nein 24 Stimmen*  
   *(8 Stimmen CDU, 8 Stimmen SPD, 1 Stimme FDP*  
   *1 Stimme Bündnis 90/Die Grünen, 3 Stimmen puR*  
   *3 Stimmen FWG )*  
   *1 Enthaltung*  
   *(1 Stimme Bündnis 90/Die Grünen)*

## **Top 10**

### **Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.08.2013**

#### **Aufnahme des Ersten Stadtrates Heinz Sill als Mitpächter des städtischen Eigenjagdbezirks Rodheimer Oberwald**

---

Herr Jacobi von der FDP-Fraktion begründet den Antrag damit, dass aus seiner Sicht nicht alle Antworten auf die Anfrage aus der letzten Sitzung beantwortet wurden.

Außerdem weist er darauf hin, dass sich bei dem Klären der Jagdpachtvergabe herausstellte, dass ein Interessent nach dessen Aussage zu Unrecht belastet wurde. Mehrere Wochen nach einem Gespräch mit dem Bürgermeister warte der Mitbürger noch immer auf ein zugesagtes Antwortschreiben.

Frau Launhardt von der puR-Fraktion weist Herrn Jacobi auf die Beantwortung der Anfrage am 02. Juli 2013 hin. Die Beantwortung beinhaltet einen Besprechungsvermerk vom 20. Juni 2013 sowie ein Schreiben vom 17. April 2013, in dem Herr Sill als Mitpächter vorgeschlagen werde.

Herr Dr. Rathjens von der SPD-Fraktion sieht im Antrag von der FDP-Fraktion ein Misstrauen gegenüber der Verwaltung. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei Herrn Christ und Herrn Sill um fachkompetente, verantwortungsbewusste und in hohem Maße engagierte Mitarbeiter bzw. Politiker mit untadeligen Ruf handelt.

Herr Dr. Rathjens von der SPD-Fraktion, Herr Scholz von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion, Herr Egerter von der CDU-Fraktion sowie Herr Lamping von der FWG-Fraktion sind der Auffassung, dass zur Klärung der Angelegenheit ein Akteneinsichtsausschuss das geeignetere Mittel wäre.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den nachstehenden Antrag der FDP-Fraktion vom 16.08.2013 abstimmen:

„Nachdem dies in der Stadtverordnetenversammlung am 02. Juli 2013 nicht erfolgte, fordert die Stadtverordnetenversammlung Herrn Bürgermeister Alber entsprechend § 16 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse auf, zum Zweck der Überwachung der Verwaltung zumindest die folgenden Fragen im Umfeld der Aufnahme des Ersten Stadtrates Heinz Sill als Mitpächter des Jagdbezirkes Rodheimer Oberwald nunmehr zu beantworten:

1. Mit Hinweis auf die Brisanz und besondere formale Anforderung bei dem Abschluss eines Vertrages der Stadt mit dem Magistratsmitglied fragt Herr Egerter als Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses in der Sitzung am 16. Mai 2013 nach, ob Magistrat oder Verwaltung neben der Bewerbung des Ersten Stadtrates Sill weitere Interessenten oder Vorschläge für die Pachtnachfolge bekannt seien. Herr Christ antwortet hierauf, Interessenten könne es immer geben, aber ihm liege lediglich die Bewerbung von Herrn Sill vor. Wie wertet der Magistrat diese Aussage angesichts der Faktenlage und des Gebotes einer umfassenden Antwort im Sinne einer Fragestellung? Dies, zumal sich bei Herrn Sill in Personalunion eine mehrfache Interessenskollision ergibt.

2. In der Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai 2013 fragte Stadtverordneter Jacobi Herrn Bürgermeister Alber, ob es richtig sei, dass es außer dem Ersten Stadtrat Heinz Sill zwei weitere Interessenten als Pachtfolger gegeben habe. Dies sei von dem bisherigen Pächter mündlich und schriftlich berichtet. Hierauf antwortet Bürgermeister Alber, dies sei ihm nicht bekannt; er wisse lediglich von der Bewerbung des Ersten Stadtrates. Wie bewertet der Magistrat die Aussage nach dem Gespräch von Herrn Jörg Walter Reiß mit u.a. Herrn Sill und Herrn Christ in der Stadtverwaltung.“

*Abstimmungsergebnis:*

*ja 2 Stimme  
(1 Stimme FDP 1 Stimme Die Piraten)  
nein 14 Stimmen  
(8 Stimmen SPD, 3 Stimmen puR, 3 Stimme FWG)  
10 Enthaltungen  
(8 Stimme Bündnis CDU, 2 Stimmen Bündnis 90/  
Die Grünen)*

**Top 12**  
**Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.06.2013**  
**Beauftragte der Stadt Rosbach**

---

Bürgermeister Alber beantwortet die Anfrage mündlich.

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll als Anhang beigefügt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 22:25 Uhr.

Rosbach, den 12. September 2013



Regina Karehnke  
Stadtverordnetenvorsteherin



Verena Sporck  
Schriftführerin